

Was uns beschäftigt — was uns angeht

Wald soll Wald bleiben

Bürgerprotest gegen Hannibal

In Stuttgart wird zur Zeit wieder heftig darüber gestritten, ob stadtnaher Wald für irgendwelche Zwecke der Stadterweiterung verbraucht werden darf, oder unter allen Umständen der Bevölkerung als allgemeiner Erholungsraum erhalten bleiben muß. Der für das Großbauvorhaben Hannibal aufgelegte Bebauungsplan, welcher die Waldstücke Asem und Ohnhold weitgehend in Anspruch nimmt (sie liegen auf der Karte auf Seite 184 dicht südlich des Landschaftsschutzgebietes Nr. 26) hat hierzu den äußeren Anlaß gegeben. Allerdings wird schon seit längerer Zeit von weiten Kreisen der Bürgerschaft dringend ein bindender Schutz des Waldes gefordert. Zum Hauptsprecher gegen den Bebauungsplan hat sich der Bürgerverein Stuttgart-Schönberg gemacht, weil dieses Gebiet am nächsten von dem Bauprojekt betroffen ist.

Das Bauvorhaben Hannibal bedeutet die erschreckendste Zerstörung von Erholungswald, die wir in Stuttgart seit Jahrzehnten erlebt haben; um so alarmierender, als es sich nicht um einen Sonderfall wie Hochschule, Krankenhaus oder sonst eine Erholungs- oder kulturelle Anlage handelt, sondern um ein in zwei riesigen Baumassen zusammengefaßtes Wohnprojekt für etwa 1000 Familien. Wer gibt die Gewähr, daß nicht derartige Anträge überall in den Wäldern auftauchen, wenn sich erstmals ein solches Vorhaben öffentlicher Förderung erfreuen durfte? Der Zufall, daß hier die Stadt ein größeres zusammenhängendes Waldstück besitzt, ist kein überzeugender Grund, es für eine solch außergewöhnliche Nutzung zu verwenden. Es paßt sich auch dem Gesamtplan nicht sinnvoll ein.

Als vor 5 Jahren Stuttgart seine Landschaftsschutzkarte aufstellte, blieben Weidach, Ohnhold und Asemwald außerhalb des Landschaftsschutzes mit der Begründung: „Der Wald schützt sich selbst.“ Offenbar rechnete man mit dem spontanen Einspruch der

Allgemeinheit, wenn irgendwo ein unberechtigter und vermeidbarer Angriff auf diesen charakteristischsten und wertvollsten Besitz unserer Stadt erfolgen sollte. Auch ein Stadtoberhaupt kann ja nicht alle guten Absichten des Landschaftsschutzes durchsetzen, wenn ihm die Bürgerschaft nicht hilft. So ist der heutige Protest der Bürger durchaus sinnvoll, und wir können ihm nur den besten Erfolg wünschen. Gerade dieser schmale Waldgürtel am Nordrand der Filder, die sich nach Süden und Osten auf rund 10 km fast waldlos erstreckt mit stets weiterwachsenden volkreichen Wohnplätzen, ist als stadtnaher Erholungsraum unersetzlich. Da große Teile durch eine Kaserne in Anspruch genommen sind, und gewisse Eingriffe für Verkehrsanlagen wohl nicht zu vermeiden sein werden, sind die weiteren Flächen als Auslauf für die Wohnbevölkerung der umliegenden Stadtgebiete, zu welchen auch die noch erheblich anwachsende Landwirtschaftliche Hochschule zu rechnen ist, schlechterdings unentbehrlich.

Das neue Projekt ist gegenüber dem

Im Einverständnis mit ihm hat die Arbeitsgemeinschaft Stuttgarter Bürgervereine zusammen mit anderen Vereinigungen am 20. September in der Turnhalle der Filderschule in Degerloch eine Bürgerversammlung zur freien Aussprache über den Hannibal und andere Angriffe auf den Wald abgehalten, in der auch verschiedene Stadträte kritisch das Wort ergriffen.

Der Schwäbische Heimatbund wandte sich mit einem offenen Brief an die Veranstalter, um ihr Vorhaben zu unterstützen. Wesentliche Abschnitte unseres Schreibens wurden erfreulicherweise schon am Tag der Versammlung in der Stuttgarter Zeitung veröffentlicht oder in der Aussprache sowie in den Berichten angeführt.

Da es in der Kontroverse über den Hannibal um grundsätzliche Fragen der Gesamtplanung im Großstadtraum, zugleich mit Entwicklungsfragen des Wohnungsbaues und der Landschaftspflege geht, an welchen der Schwäbische Heimatbund regen Anteil nehmen muß, veröffentlichen wir den sachlichen Inhalt des offenen Briefes im vollen Wortlaut.

W. K.

ersten umfangreicher geworden. Damals sprach man von 12 ha, heute sollen mehr als 15 ha Wald geopfert werden, denn die verbleibenden Ränder werden diesen Ehrentitel nicht mehr verdienen. Während man 1959 mit einem Block von 650 m Länge und 20 m Breite, also 13 000 qm überbauter Fläche auszukommen glaubte, zeigt jetzt der Bebauungsplan Bauflächen für 2 Wohnblöcke von mehr als 15 000 qm Fläche, dazu weitere etwa 10 000 qm Bauflächen für Läden, Restaurant, Heizung, Clubhaus, Kindergarten u. dgl. Hinzu kommen noch unterirdische Parkflächen und umfangreiche Wegeflächen. Man bestätigt damit die von Anfang an vertretene Meinung der Warnenden, daß nicht so wenig Waldgelände gebraucht würde, wie man anfangs beschwichtigend glauben machen wollte. Ob nicht noch weitere Nebenanlagen dazu kommen?

Auch in der Höhenentwicklung scheinen die Maße, die dem techn. Ausschuß ursprünglich vorgelegt wurden (Stuttg. Ztg. vom 7. 12. 1961), inzwischen verlassen worden zu sein.

Der längere und niedere Wohnblock war damals mit 28 m, der kürzere, hohe mit 56 m angegeben worden. Bezogen auf eine mittlere Geländehöhe von 435 m über NN ergeben die nach dem Bebauungsplan zugelassenen Maße Gebäudehöhen von 50 m bzw. 64 m. Über einen neuen Entwurf, der offenbar dem aufgelegten Bebauungsplan zugrunde liegt, wurde die Öffentlichkeit m. W. noch nicht ausführlich informiert. Es fällt überhaupt auf, daß die frühere publicity-Arbeit der Architekten ganz nachgelassen hat. Warum? Weil das erschreckende Programm, das sich verätherisch im Namen ausdrückte: (Hannibal = Anführer bedrohlicher Massen) offenbar nicht die anfangs erwartete allgemeine Zustimmung fand. Wir möchten dies als erfreuliches Symptom betrachten und hoffen, daß die endgültig über die vielen baurechtlichen und planungstechnischen Ausnahmen beschließenden Behörden auch die folgenden Überlegungen bei der Beurteilung gebührend berücksichtigen.

a) Wozu führt es, wenn einer Gemeinde gestattet wird, auf einer im Generalbebauungsplan nicht als Baugelände ausgewiesenen größeren Waldfläche im Eigenbesitz ein Wohnbauvorhaben dieses Ausmaßes zu genehmigen? Sicher zu Hannibalismus im ganzen Land!

b) Sind die soziologischen Auswirkungen solch gehäufter Menschenzusammenfassung in einem der Großform industrieller Bauaufgaben angeglichenen Massenwohnhaus so weit erforscht, daß dem Experiment Hannibal ohne Bedenken zugestimmt werden kann? Man spricht in Holland schon vom „Betonfieber“ in modernen Häuserblöcken und stoppt in Schweden den Bau von Wohnhochhäusern! Dort hat man seine Erfahrungen gemacht.

c) Ist uns unsere Stadtjugend, die sowieso noch zu wenig Auslauf hat, nicht zu gut dazu, in Wohnverhältnissen aufzuwachsen, die jeder Gefährdung durch Bildung von unbeaufsichtigten Horden von Jugendlichen Vorschub leisten? Wo ist der Arzt

und Psychologe, der von der Behörde um sein Urteil gefragt wird, bevor mit großem Aufwand das Unheil geschehen ist?

d) Sind die gewichtigen Bedenken ausgeräumt, welche die Akademie für Landesplanung und Städtebau nach ausführlicher Erörterung des Projektes mit dem Entwurfsverfasser in einem Kurzgutachten Ende 1959 niedergelegt hat? Wohl sind einige Verbesserungen z. B. in der Anordnung der Baukörper zur Himmelsrichtung gemacht worden, aber die wesentlichen Einwände gelten nach wie vor.

Einige der Feststellungen seien in abgekürzter Form angeführt:

Die anerkannte Bauplatznot bedingt nicht die extreme Wohnform des Hannibal. Mischung von verschieden hohen Baugruppen im Sinn der aufgelockerten Stadt wäre in der kleingliedrigen schwäbischen Landschaft zu bevorzugen.

Die Annahme, das Großwohnhaus fördere eine gewünschte Anonymität des Wohnens, wird in Frage gestellt, eher sei eine unerfreuliche „Lärmgemeinschaft“ zu befürchten.

Entscheidende Kostenvorteile seien keineswegs zu erwarten.

Der Wohnwert der nur von den Schmalseiten belichteten Einheiten mit viel innenliegenden Raumteilen, schlecht oder nur künstlich belichtet und belüftet, sei gering. Auch die prachtvolle Fernsicht werde ja nur einem kleinen Teil der Wohnungen zugute kommen.

Das Gutachten schließt mit folgenden Sätzen, die allen Befürwortern zu denken geben können:

„Es handelt sich hier um eine maßlose Übersteigerung teilweise richtiger Gedanken, wobei die Nachteile die angestrebten Vorzüge bei weitem überwiegen. Daher wären auch Zuschüsse und besondere Förderungen seitens der öffentlichen Hand fehl am Platz.“

Im ganzen zeigt sich, daß der heute praktizierte Städtebau an eine Grenze gelangt ist. Wo Lösungen wie das Projekt Hannibal nötig erscheinen, fehlt es offensichtlich an

einer übergeordneten Planung und Ordnung, die eine gesunde Verteilung von Arbeitsstätten und Wohnungen auch über Markungsgrenzen hinweg erreicht. Es zeigt sich die Notwendigkeit, in übergemeindlichen Stadtlandschaften zu denken und zu handeln. Ausgangspunkt aller Überlegungen kann nicht mehr die Wachstumstendenz einer einzelnen Gemeinde bleiben, sondern muß das Wohl der Menschen sein, für welche die Gemeinden lediglich Treuhänder sind.“

Der Schwäbische Heimatbund tritt dieser Auffassung bei und schließt sich auch der Forderung an, durch einen bindenden „Waldentwicklungsplan“ die Zukunft der Stuttgarter Wälder zu sichern. Die deutliche Sprache in einer Stellungnahme des Regierungspräsidiums (s. Stuttg. Ztg. vom 1. 8. 1962) gibt uns die Zuversicht, daß in der Sache Hannibal noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Warum wir den Hannibal als Wohnform ablehnen?

Weil sich hier das seriell-schematische Prinzip der Technik, welches dem Kreatürlichen im Menschen in seiner innersten Wesensart entgegengesetzt ist, unnötigerweise in eben den Bereich übermäßig eindringt, der am ehesten noch Zone der persönlichen Lebens- und Umweltgestaltung sein kann; nämlich in die Familie und den Feierabend. Das muß nicht so sein und sollte deshalb, wo irgend möglich, vermieden werden.

Die Umwelt formt den Menschen, ob jung oder alt. Je mehr die Arbeitswelt ihn technisch einspannt und überfordert, desto dringender braucht er das Gegengewicht in der Freizeit.

Ich fühle mich noch verpflichtet, Ihnen dafür zu danken, daß Sie der Bürgerschaft Gelegenheit geben, sich nochmals darüber zu besinnen, was ihr hier zugemutet werden soll und ob man damit wirklich auf dem rechten Weg ist. Der Schwäbische Heimatbund kann im Interesse der Allgemeinheit nur hoffen, daß endlich andere Wege zur sinnvollen Planung in unserem übersiedelten Raum gefunden werden.